



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, zum 01.01.2020 ein Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis zu starten.

Begründung:

Die bisherige Drogenpolitik, die auf Kriminalisierung und Strafverfolgung setzt, ist teuer und ineffektiv. Insbesondere für den Bereich von Cannabis ist der Prohibitionsansatz gescheitert. Cannabis ist die am meisten verbreitete illegale Droge. Laut Epidemiologischem Suchtsurvey (2015) konsumieren in Deutschland rund 3,1 Millionen volljährige Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Cannabis. Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt der Konsum seit Jahren zu.

Die kontrollierte Freigabe von Cannabis ist eine sinnvolle Alternative zur Prohibitionspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Durch den staatlich regulierten Cannabisanbau würde sichergestellt, dass die Produkte frei von gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen sind. Auch der Wirkstoffgehalt unterläge staatlicher Kontrolle. Zudem könnte der legale Erwerb KonsumentInnen den Weg ins kriminelle Drogenmilieu und damit in Reichweite härterer Drogen ersparen. Und es ließen sich zusätzliche Steuereinnahmen erzielen, die in Aufklärung, Suchtprävention und -behandlung fließen könnten.

Die Möglichkeit für einen entsprechenden Modellversuch in Schleswig-Holstein wird auf Basis des Koalitionsvertrags von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP geprüft.

Um eine gründliche Evaluation und wissenschaftliche Begleitung noch in dieser Wahlperiode sicherzustellen, ist aber eine zeitnahe Umsetzung des Modellprojekts erforderlich. Die Grundsätze der schleswig-holsteinischen Sucht- und Drogenpolitik müssen sich dabei weiterhin an Prävention und Aufklärung, niedrigschwellig zugänglichen Hilfsangeboten, qualifizierten Hilfen für Suchtkranke sowie an der konsequenten Strafverfolgung des organisierten Drogenhandels orientieren.

Flemming Meyer

und die Abgeordneten des SSW